

Liebe Leserinnen und Leser,



mit der 18. Auflage meines Abgeordnetenbriefes möchte ich Sie und Euch kurz vor Ostern erneut über Schwerpunkte meiner Arbeit als Abgeordneter informieren. Wie in den vorherigen Briefen gibt es wieder Informationen zu meinen Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort, über meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und über wichtige Themen der Landespolitik.

Naturgemäß stehen am Jahresanfang die Empfänge im Vordergrund. Dabei hatte ich viele wunderbare Begegnungen mit engagierten Menschen. Es gab darüber hinaus viele Veranstaltungen, wie zum Beispiel den Tag der Ausbildung, den politischen Aschermittwoch in der Zellerau oder den Besuch des tschechischen Premierministers Sobotka bei der Landtagsfraktion, über die es sich zu berichten lohnt.

In dieser Ausgabe informieren Sie wieder unsere MdBs Bernd Rützel und Sabine Dittmar mit ihren Gastkommentaren über aktuelle politische Themen aus Bundessicht.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde, ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes Osterfest und falls Sie in den Ferien verreisen oder einen Urlaub zu Hause verbringen, eine erholsame Zeit. Es wäre schön, wenn wir uns bei nächster Gelegenheit gesund und munter wieder sehen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für den Landkreis Würzburg, Betreuungsabgeordneter für den Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 2
	Aktivitäten vor Ort	Seite 4
	Einsatz für die Region	Seite 8
	Meine Aufgaben in München	Seite 10
	Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik	Seite 14
	Gastbeiträge unserer Bundestagsabgeordneten	Seite 17

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Neujahrsempfang von SPD Würzburg Stadt und Land in Randersacker



Gruppenbild mit Zuckerfee und Weinprinzessinnen. Dritter von links: AWO-Präsident Wilhelm Schmidt, der als Gast Hauptredner beim Neujahrsempfang war.

Sehr erfreulich war der Besuch beim Neujahrsempfang von SPD Würzburg Stadt und Land in Randersacker. Knapp 600 Gäste aus allen gesellschaftlichen Bereichen waren unserer Einladung gefolgt. Bürgermeisterin Monika Kirschbaum begrüßte die Gäste und stellte die Gemeinde Randersacker kurz vor. Muchtar Al Ghusain, Vorsitzender der Stadt-SPD, zeigte sich in seiner Begrüßung erfreut darüber, dass die SPD eine Partei sei, deren Mitglieder Kritik und Zweifel offen ansprechen, die Meinung und Haltung zeigen. Stefan Wolfshörndl, geschäftsführender Vorsitzender der Landkreis-SPD, betonte die Stärken unserer Region – geringe Arbeitslosigkeit, stabiler Mittelstand, gute soziale Infrastruktur – und gab sich zuversichtlich, dass nicht zuletzt deswegen die Integration der Flüchtlinge gelingen könne.

Gastredner Wilhelm Schmidt, AWO-Präsident und viele Jahre parlamentarischer Geschäftsführer der Bundes-SPD, hob in seiner Rede die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft hervor. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er die Werte Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit, allesamt sozialdemokratische Werte, die gerade in der jetzigen Situation mit dem Zustrom so vieler Flüchtlinge besonders gelebt werden müssten.

Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake beendete die Veranstaltung mit ihren Schlussworten. Viele unserer Gäste blieben noch, um sich in Gesprächen zu vertiefen. So soll es auch sein.

Neujahrsempfang der Kreis-SPD Kitzingen im historischen Rathaus von Dettelbach



Zu ihrem Neujahrsempfang lud die Kreis-SPD Kitzingen ins historische Rathaus in Dettelbach ein. Nach der Begrüßung durch Michael Langer, dem Ortsvereinsvorsitzenden von Dettelbach, sprach ich ein Grußwort an die zahlreichen Gäste, zu denen u. a. Landrätin Tamara Bischof gehörte.

Gastredner war MdB Martin Burkert (im rechten Bild Zweiter von links), der Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur ist. Sein Thema: Die Flüchtlingsproblematik. Er zeigte sich hoffnungsvoll, dass die Situation gemeistert werden kann. Es bedarf vielfältiger Anstrengungen aller Menschen, es dürfe niemand auf der Strecke bleiben und Hass und Gewalt in unserer Gesellschaft dürfen sich nicht weiter ausbreiten, so sein Credo. Dennoch muss es möglich sein den Flüchtlingszustrom einzudämmen und dies ohne Zäune und Mauern zu errichten. Die Integrationsaufgabe sei eine langfristige, einfache Lösungen gebe es nicht.

Positiv sieht Burkert die Rolle der SPD in der großen Koalition. Vieles konnte die SPD erreichen, er nannte den Mindestlohn, die Leistungen für Pflegebedürftige, die Familienleistungen und die Mietpreisbremse.

Im Rahmen des Neujahrsempfangs wurde Robert Finster (im rechten Bild Zweiter von rechts), stellvertretender Landrat im Landkreis Kitzingen, mit der Helmut-Rothemund-Medaille geehrt. Für ihn überraschend, deshalb freute er sich umso mehr. Mit dieser Medaille ehrt die bayerische SPD Personen, die sich im Freistaat mit sozialdemokratischer Politik im Ehrenamt verdient gemacht haben. Und Robert hat dies zweifelsohne gemacht. Seit 1969, seit er in der SPD ist, hatte er verschiedene Funktionen in seinem Ortsverein Mainbernheim inne, er war von 1999 bis 2006 Kreisvorsitzender und ist heute noch Stellvertreter, seit 2002 ist er stellvertretender Landrat in Kitzingen und leitet darüber hinaus auch die Kitzinger Baugenossenschaft. Viele weitere Ämter begleitet er ehrenamtlich. Robert Finster bedankte sich für die Auszeichnung und er dankte allen, die ihn in seinen Ehrenämtern begleitet und unterstützt haben. Heinz Galuschka (rechts im Bild), gratulierte als Vorsitzender für die Kreis-SPD Kitzingen. (Foto: Dr. Dirk Danz).

Lieber Robert, ich beglückwünsche Dich nochmals zu dieser Auszeichnung und danke von Herzen für Dein riesiges Engagement.

Aktivitäten vor Ort

Emil Pötzl in Kirchheim zum Ehrenvorsitzenden ernannt



Einen ganz besonderen Geburtstag feierte Genosse Emil Pötzl (im Bild mit Urkunde) in Kirchheim. Er wurde 95 Jahre alt. Deshalb, und weil er seit fast 80 Jahren SPD-Mitglied ist, ernannten ihn die Kirchheimer Genossen zum Ehrenvorsitzenden des Ortsvereins. Emil war nach dem Krieg aus dem Sudetenland vertrieben worden und kam mit seiner ganzen Familie nach Kirchheim. Sein Motto: „Helfen, wenn geholfen werden muss“, passt angesichts der aktuell hohen Flüchtlingszahlen, ausgezeichnet in die jetzige Zeit.

Zusammen mit Walter Kolbow, Staatssekretär a. D., und Eva Linsenbreder, Bürgermeisterin von Kleinrinderfeld und Bezirkstagsvizepräsidentin, machte ich Emil Pötzl meine Aufwartung, um zu gratulieren und ihm Danke zu sagen für seine Lebensleistung. Mit im Bild Konrad Pötzl, Vorsitzender des OV Kirchheim, und Christiane Scheder, stellv. Vorsitzende.

Unterstützung für Tempo 30 in Dettelbach



Der Dettelbacher SPD-Ortsverein macht sich stark für eine Tempo-30-Regelung im Bereich des Dettelbacher Rathauses. Dazu hat er eine Resolution verfasst und einen Antrag an den Stadtrat gestellt. Fehlende Gehsteige, Engstellen und der zunehmende Verkehr sorgen für große Gefahr. Nach Ende des Neujahrsempfangs in Dettelbach überreichte OV-Vorsitzender Michael Langer die Resolution an uns Abgeordnete und bat um Unterstützung. Mit mir im Bild (von links) MdEP Kerstin Westphal, MdB Martin Burkert, Michael Langer und rechts MdB Sabine Dittmar. (Foto: Infranken).

Aktion Rollentausch: Besuch im AWO-Kinderhort in Veitshöchheim



Im Rahmen der Aktion „Rollentausch“ tauschte ich für einige Stunden meinen Politikeralltag gegen eine Mitarbeit im AWO-Hort in Veitshöchheim. Den Kindern vorlesen, mit ihnen Sport treiben, sie bei den Hausaufgaben zu unterstützen, das waren meine Aufgaben, die riesig Spaß gemacht haben. Ingrid Schinagl (im Bild links oben, hinten zweite von rechts), die Vorstandsvorsitzende der AWO in Veitshöchheim, Brigitte Will (zweite von links), AWO-Geschäftsführerin, und Verena Schmidt (rechts), die Leiterin des Horts, informierten mich über die Einrichtung und deren pädagogisches Angebot. Zur Sprache kamen auch die bürokratischen Hürden bei der Finanzierung des Förderbedarfs bei Kindern mit Behinderungen.

Leo-Weismantel-Realschule Marktbreit: Eine Unterrichtsstunde geschenkt

Am Montag, den 07.03.2016, schenkte ich den Schülern der Klasse 10a der Leo-Weismantel-Realschule Marktbreit eine Unterrichtsstunde. Anlass war der „Tag der Freien Schulen“, der vom Verband Bayerischer Privatschulen, der Evangelischen Schulstiftung in Bayern und dem Katholischen Schulwerk in Bayern in diesem Jahr erstmalig veranstaltet wurde. Sowohl für die Schüler, als auch für mich boten sich hier vielfältige Möglichkeiten des Kennenlernens. Thematisch ging es um das Wahlrecht mit 16. Weitere Themen waren Politikverdrossenheit, Rente, Mindestlohn und die Flüchtlingsproblematik.

Wie Schulleiter Peter Wilhelm betonte, bietet die Präsenz der Abgeordneten in der Schule einen wichtigen Impuls für das Kennenlernen demokratischer Spielregeln. Besonders in einer Zeit, die durch



Radikalisierung von Bevölkerungsgruppen geprägt ist. Die Schule erwirbt gegenwärtig den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Am Ende waren sich alle einig: Als Bestandteil des Sozialkundeunterrichts sollte eine solche Veranstaltung öfter stattfinden.

Tag der Ausbildung: Bei Leoni in Kitzingen Auszubildenden über die Schulter geschaut



Im Rahmen des bayernweiten Tages der Aus- und Weiterbildung besuchte ich zusammen mit Kitzingens stellv. Bürgermeister Klaus Heisel und den Stadträtinnen Astrid Glos und Elvira Kahnt die Firma Leoni in Kitzingen. Ziel war es, vor Ort in Gesprächen mit der Unternehmensleitung, mit Ausbildern und Auszubildenden einen aktuellen Eindruck über die Ausbildungssituation zu bekommen.

Leoni-Geschäftsführer Jürgen Linhard (Bild links Dritter von links) zeigte sich erfreut über unser Interesse an der Ausbildung junger Menschen und an den Arbeitsplätzen bei Leoni. Gemeinsam mit der Leiterin der Personalentwicklung Jeanette Dörner (Bild links rechts) stellte Linhard die Ausbildungsmöglichkeiten am Standort in Kitzingen vor.

Die reichen vom Industriekaufmann über den technischen Produktdesigner bis hin zum Fachinformatiker und zum Mechatroniker. Auch über ein duales Studium kann man den Weg zu Leoni

finden. Angeboten werden die Studiengänge Project Engineering, Mechatronik und Projektmanagement, jeweils mit dem Abschluss Bachelor of Engineering. Einen Bachelor of Science kann man durch ein duales Studium in Wirtschaftsinformatik erreichen. Leoni bietet auch die Möglichkeit, wochen- oder monatsweise Praktika zu absolvieren, mit denen sich Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der Berufswahl orientieren können. Auch Trainee-Programme im kaufmännischen und technischen Bereich werden angeboten.

Bei einem Rundgang durch das Technikum ließen sich die Auszubildenden aus den verschiedenen Ausbildungsrichtungen mit sichtbarem Stolz von uns über die Schulter schauen und präsentierten uns die Ergebnisse ihrer Arbeit.

Beim Abschlussgespräch machte Martin Hering als Leiter der kaufmännischen Ausbildung deutlich, dass es im kaufmännischen Bereich zwar noch immer genügend Bewerber gebe, dass aber der Wettbewerb um qualifizierte junge Menschen zu spüren ist. Deutlich wurde auch, je spezifischer die Anforderungen, so etwa bei den Fachinformatikern, desto geringer ist die Zahl guter Bewerber. Deswegen bemühe sich Leoni so rechtzeitig um die Stellenausschreibung bevor ambitionierte Leute vom Bewerbermarkt weg sind, so Personalchefin Dörner.

Geschäftsführer Linhard bat bei der Verabschiedung um Unterstützung für eine stärkere Förderung der Elektromobilität: „Da muss etwas passieren, damit wir mehr Elektro-Autos auf die Straße bekommen. Da ist die Politik gefragt, jetzt die richtigen Anreize zu setzen.“ Für Leoni sei die Elektromobilität ein wichtiger Faktor, weil die technische Ausstattung stärker auf Leitungs- und Kabeltechnologie setzen muss, als im konventionellen Auto.

Leoni hat 68.000 Mitarbeiter in 31 Ländern. Im Mittelpunkt steht die Ausstattung für PKWs und Nutzfahrzeuge, daneben Leitungstechnologie für Industrie- und Gesundheitswesen, Kommunikation und Infrastruktur, Haus- und Elektrogeräte sowie Drähte und Litzen. Am Standort Kitzingen arbeiten rund 1.000 Mitarbeiter. Von hier aus wird das weltweite Bordnetz-Geschäft mit mehr als 30 Produktionswerken gesteuert. Kitzingen ist daneben Kompetenzzentrum für Forschung und Entwicklung und beherbergt zudem Zentralabteilungen wie Einkauf, Personal und Controlling.

Unterstützung für die Errichtung einer Schule in Ulan Bator, Mongolei

Manfred Haas aus Helmstadt besuchte mich in meiner Sprechstunde. Er unterstützt weltweit soziale Projekte durch aktive Mitarbeit und durch Generierung von Spenden. Für ein Projekt in Ulan Bator habe ich ihm eine Spende überreicht. Es geht darum in der Nähe einer HNO-Klinik eine Schule zu



errichten, in der Kinder, die von Geburt an einen Defekt im Ohr haben, nach einer Operation das Sprechen und Hören erlernen. Da die Wege in der Mongolei weit sind und die postoperative Nachsorge sehr lange dauert, ist es sinnvoll, in der Nähe des Krankenhauses eine Schule zu errichten. Für diesen Bau setzt sich Manfred Haas ein und dafür habe ich ihm auch gerne gespendet. Er freut sich über weitere Spenden. Den Kontakt kann ich gerne herstellen.

Einsatz für die Region

Reihe „Fraktion vor Ort“ in Kleinwallstadt: Für starke Kommunen!



MdB Bernd Rützel hatte eingeladen, rund 40 Kommunalpolitiker und Bürger waren der Einladung des für den Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg zuständigen Abgeordneten gefolgt. Das Thema: „Für starke Kommunen – Entlastung unserer Städte und Gemeinden“. Als Mitstreiter hatte Bernd seinen Bundestagskollegen Andreas Schwarz (am Rednerpult), Mitglied im Finanzausschuss, und mich in meiner Funktion als Stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen eingeladen.

Andreas Schwarz machte deutlich, dass die jetzige Bundesregierung viel zur Entlastung der Kommunen getan habe, auch würde viel unternommen, um Steuerschlupflöcher zu schließen. Jährlich gehen bis zu 150 Milliarden Euro verloren, Geld, das auch den Kommunen fehlt.

In meinen Ausführungen machte ich deutlich, dass der Freistaat Bayern seine Kommunen nur mit 12,75 Prozent am Steuerkuchen beteiligt. Bayern ist damit Schlusslicht in Deutschland. Es gibt große Unterschiede in den Regionen und damit auch strukturelle Unterschiede. Um aber die Kommunen beim Erhalt ihrer Infrastruktur zu unterstützen, braucht es eine bedarfsgerechte Finanzausstattung und nicht lediglich eine angemessene, wie es die CSU-Staatsregierung formuliert.

In der munteren Diskussion wurden viele Vorschläge von den Besuchern gemacht. Karl-Heinz Bein schlug vor, die Grundsteuer zu reformieren, Heinz Kaiser, MdL a. D., wünschte sich mehr Unterstützung für Gemeinden mit zentraler Funktion und Reiner Krzyzak-Zeller war der Überzeugung, dass der Staat bei den Kindergartengebühren regulierend eingreifen müsse, um Unterschiede in deren Höhe zu eliminieren.

Wird Wohnen in Würzburg zum Luxus?
Politischer Aschermittwoch der Stadt-SPD



Ein Blick in den vollbesetzten Saal bei der Würzburger Hofbräu

Das Thema war interessant, wohl nicht zuletzt deshalb war der Saal bei der Hofbräu voll besetzt.

Ich machte in meinem Referat deutlich, dass zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung fürchten, dass es künftig nicht mehr genug bezahlbare Wohnungen geben wird. Dies gelte gerade für die größeren Städte, in denen es auch die höchsten Mietpreissteigerungen gebe. In Würzburg sei die Nachfrage nach Mietraum sehr hoch, was auch die Preise in die Höhe treibt. Leider tue der Freistaat viel zu wenig, um diesem Missstand zu begegnen. Ich forderte außerdem eine bessere regionale Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land.

Axel Janz, Bereichsleiter Recht und Soziales der Stadtbau GmbH, erläuterte, dass die Stadtbau auf den Konversionsflächen 175 neue Wohnungen baut, die Hälfte davon als geförderter Wohnungsbau. Er vermisste eine große, übergeordnete Regionalplanung. Ziel müsste es sein, die Wohnbevölkerung in der Fläche zu halten. Auch gelte es Hemmnisse abzubauen, die Baukosten zu senken und bestehende Stellplatzregelungen aufzugeben, da auch sie die Baukosten erhöhen. Darüber hinaus müsste die Stadt Würzburg mehr Grundstücke zur Verfügung stellen. Es müssen nicht ständig neue Hotels statt Wohnungen im innerstädtischen Bereich gebaut werden, so Janz.

In der anschließenden Diskussion prangerten Besucher der Veranstaltung die hohen Grundstückspreise an. Auch wurde kritisiert, dass energetische Sanierung und Barrierefreiheit die Kosten, die letztendlich die Mieter zahlen, in die Höhe treiben. Viele Diskussionsteilnehmer sprachen sich für den Bau der Linie 6 zum Hubland aus, so auch Axel Janz und ich selbst. „Dabei muss die Stadt finanziell massiv unterstützt werden“, so mein Credo. Wohnen in Würzburg wird nicht zum Luxus, es muss aber von Vielen an vielen Schraubchen gedreht werden, damit es nicht dazu kommt.

Meine Aufgaben in München

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Mit dem Haushaltsausschuss zu Besuch in Berlin



Kurz vor Weihnachten 2015 reiste der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags, dessen stellv. Vorsitzender ich bin, zu Informationsgesprächen nach Berlin. Wir hatten die Gelegenheit uns aus erster Hand über jene bundespolitischen Themen zu informieren, die auch Auswirkungen auf die Länder haben. Im Vordergrund der Gespräche stand der Bundes-Länder-Finanzausgleich. Weitere Themen waren die

Steuerpolitik, die Reform der Erbschaftssteuer, die Infrastrukturfinanzierung und der Bundesverkehrswegeplan.

Landtagsfraktion steht an der Seite der Kommunen: Treffen mit Uli Maly



Das Thema Wohnungsbau stand im Mittelpunkt eines Gesprächs der SPD-Landtagsfraktion mit dem Präsidenten des Bayerischen Städtetags und Nürnberger Oberbürgermeister Uli Maly sowie weiter Spitzenvertreter kommunaler Verbände. Wohnungsbau ist derzeit die wichtigste kommunale Aufgabe in den Ballungszentren, die SPD-Fraktion unterstützt die Kommunen dabei. Wir kritisieren die derzeitigen Richtlinien, wonach städtische Wohnungsbaugesellschaften von der Förderung durch den Wohnungspakt Bayern ausgeschlossen sind. Auch die

Herausforderungen der Flüchtlingskrise waren Thema. Die Kommunen leisten viel für die Integration, fühlen sich aber von Bund und Freistaat im Stich gelassen. Sie dürfen nicht auf den immensen Kosten sitzen bleiben, so die einhellige Meinung.

Kommunalpolitischer Tag der SPD-Landtagsfraktion in Aschaffenburg



Im Namen der SPD-Landtagsfraktion hatte Landtagskollegin Martina Fehlner (Dritte von links) gemeinsam mit unserem Kollegen Dr. Paul Wengert (Zweiter von links) zu einem „Kommunalpolitischen Tag in Unterfranken“ in die Aschaffener Stadthalle eingeladen. Ziel war es, mit regionalen Mandatsträgern und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die erfolgreichen Initiativen und die zukünftigen Herausforderungen an eine sozialdemokratische Politik für die Kommunen ins Gespräch kommen.

Gastredner war Dr. Manfred Sternberg aus Berlin (im Bild links), Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Deutschland (SGK). Er sprach in seinem Vortrag über „Aktuelle und künftige Anforderungen an die Kommunalpolitik“. Als Akteure mit dabei waren außerdem die Landtagskollegen Dr. Paul Wengert (Schwaben), Klaus Adelt (Oberfranken), rechts im Bild, und als finanzpolitischer Sprecher sprach ich die notwendigen Verbesserungen für die Kommunen an. Mit im Bild Zweite von rechts Bezirksrätin Leonie Kapperer. Der Erhalt wohnortnaher Schulen, die Entlastung der Kommunen durch einen kommunalen Entschuldungsfonds, ein nachhaltiger Energie-Masterplan, die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs sowie eine soziale Wohnungsbaupolitik – das waren einige wichtige politische Forderungen der SPD-Landtagsfraktion, die beim „Kommunalpolitischen Tag“ mit den Bürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten sowie den Ortsvereinsvorsitzenden diskutiert wurden. Landespolitik sei immer auch Kommunalpolitik. Dr. Paul Wengert, Vorsitzender des Arbeitskreises für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, Ex-OB von Augsburg und ehemals auch erster Bürgermeister von Füssen, machte in seiner Ansprache deutlich, dass sich die SPD-Landtagsfraktion als Anwalt der Kommunen sehe. „Die SPD-Fraktion unterstützt die Kommunen bei ihrem Kampf z.B. für eine leichtere Förderung von Wohnungsbau. Die derzeitigen Richtlinien, wonach städtische Wohnungsbaugesellschaften von der Förderung durch den Wohnungspakt Bayern ausgeschlossen sind, sind völlig weltfremd“ so Wengert. „Wohnungsbau ist die derzeit wichtigste Aufgabe in den Ballungszentren. Die Kommunen sind dazu bereit. Sie dürfen nicht durch bürokratische Hindernisse ausgebremst werden. Martina Fehlner forderte u.a. eine stärkere Unterstützung der Städte und Gemeinden zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingsproblematik. „Die Kommunen sind die Instanz, bei der unmittelbar die Integration geleistet wird. Das betrifft unter anderem die Unterbringung, die Hilfe beim Ankommen in unserer Gesellschaft und die Ausgaben für die Jugendhilfe. Doch die Städte, Gemeinden und Landkreise in Bayern sind deutlich überfordert. Sie dürfen nicht auf den immensen Zusatzkosten sitzen bleiben.“

Arbeitskreis Haushalt der SPD-Landtagsfraktion tagte in Mühldorf



Auf Einladung unseres Kollegen MdL Günther Knoblauch (dritter von rechts) tagte der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen im wunderschönen Sitzungssaal des Rathauses von Mühldorf am Inn. Schwerpunktthemen waren die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die finanzielle Entlastung der Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich sowie Verbesserungen der Steuergerechtigkeit. Einen Eindruck von der wechselvollen Geschichte der Kreisstadt Mühldorf bekamen wir durch die höchstinteressante Ausstellung „Alltag, Rüstung, Vernichtung: Der Landkreis Mühldorf im Nationalsozialismus“. Mit mir im Gruppenbild zu sehen: (v.l.) Harald Güller, Parlamentarischer Berater Harald Zeidler, Bürgermeisterin Marianne Zollner, Günther Knoblauch, Reinhold Strobl und Dr. Herbert Kränzlein.

Tschechiens Premier Bohuslav Sobotka zu Besuch bei der SPD-Landtagsfraktion

Tschechiens Premier Sobotka zeichnete sudetendeutsche Sozialdemokratin Olga Sippl aus. Ehrenvorsitzende der Seliger-Gemeinde für ihr Engagement zur Annäherung zwischen Tschechen und Deutschen geehrt

Bei einem Treffen mit der SPD-Landtagsfraktion in München hat Tschechiens Premierminister Bohuslav Sobotka die sudetendeutsche Sozialdemokratin und Ehrenvorsitzende der Seliger-Gemeinde, Olga Sippl, ausgezeichnet. Er überreichte ihr als Anerkennung für ihr beharrliches Engagement für die Annäherung zwischen Tschechen und Deutschen die Karel-Kramar-Medaille. Sobotka sagte, er bewundere Sippl als "Brückenbauerin" und überreiche ihr die Medaille in "höchster Anerkennung". Die Auszeichnung ist nach dem ersten tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Karel Kramar benannt.

Sippl dankte dem Ministerpräsidenten für die Ehre. Die 95-Jährige, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Tschechien nach München kam, bezeichnete ihre Heimat als "Herzland Europas". Ihr politisches Ziel sei immer gewesen, den "Gedanken der guten Nachbarschaft, des Friedens und der Völkerverständigung" zwischen Tschechien und Bayern zu befördern.



Olga Sippl dankt für die Auszeichnung



Mit mir im Bild: Premier Sobotka und Inge Aures

Als vertriebenenpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion sagte ich. „Wir freuen uns wirklich sehr, dass Bayern und Tschechien heute einander nicht nur in enger politischer Nachbarschaft, sondern in wachsender menschlicher Freundschaft verbunden sind. Auch die Sudetendeutschen haben daran einen großen Anteil. Insbesondere wir Sozialdemokraten in Bayern haben uns seit 25 Jahren für ein Ende der langen politischen Eiszeit zwischen den Regierungen in Prag und München eingesetzt.“

Zugleich sprach ich aber auch die unterschiedlichen Positionen Deutschlands und Tschechiens in der Flüchtlingsfrage an: „Die Zukunft der Europäischen Union gibt uns durchaus Anlass zur Sorge. Lassen Sie uns in unserer sozialdemokratischen Familie im Geist der Solidarität offen darüber reden, was zu tun ist. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir dürfen es nicht zulassen, dass das Europäische Haus geschwächt wird. Ehren wir also Olga Sippl und bleiben wir in Europa solidarisch beieinander!“



Landtagsvizepräsidentin Inge Aures betonte: "Es macht uns stolz, Olga Sippl in unseren sozialdemokratischen Reihen zu haben." Aures bezeichnete die Auszeichnung als "historisches Ereignis". An dem Treffen im Landtag nahmen auch die SPD-Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Linus Förster, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl und Isabell Zacharias teil. Als weitere Gäste waren unter anderem Dr. Peter Becher, Geschäftsführer des

Adalbert-Stifter-Vereins, und Albrecht Schläger, Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, anwesend.

Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik

Söders Festakt zu zehn Jahre schuldenfreier Haushalt ist eine Farce

Der Festakt zu zehn Jahre angeblich schuldenfreier Haushalt, den Minister Söder veranstaltete, ist eine Farce. Es gibt kein Jubiläum, das gefeiert werden könnte, und die für Faltlhauser, Huber und Fahrenschoh vorgenommenen Ehrungen sind nicht nachvollziehbar. Dass ausgerechnet Edmund Stoiber, dessen Finanzabenteuer mit der Landesbank den Freistaat Milliarden neue Schulden eingebracht haben, die Festrede hielt, ist absurdes Theater.

Der Finanzminister kann nicht rechnen oder er hat den Anlass für den Festakt frei erfunden. Ich verweise dazu u. a. auf die Kreditaufnahmen des Freistaats in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro zur Rettung der Landesbank in den Jahren 2008, 2009 und 2010.

Die aktuelle Haushaltsführung ohne Kreditaufnahme und mit teilweiser Schuldentilgung ist nur möglich, weil die BayernLB aufgrund von EU-Auflagen begonnen hat, ihre Schulden an den Freistaat zurück zu zahlen und weil die Pensionsvorsorge drastisch zusammengestrichen wurde.

Die Ehrungen seiner Vorgänger durch Söder beim Festakt finde ich unangemessen, waren sie doch alle unmittelbar an der größten Finanzkrise Bayerns in der Nachkriegszeit beteiligt: Kurt Faltlhauser als Edmund Stoibers Handlanger beim Kauf der österreichischen Skandalbank HGAA, Finanzminister Erwin Huber zeichnete verantwortlich für ein katastrophales Krisenmanagement bei den Milliarden-Verlusten der Bayern-LB. Georg Fahrenschoh schließlich hat die HGAA für den symbolischen Preis von einem Euro an Österreich verschertelt, ohne die Rückzahlung der Milliardenkredite an Bayern zu sichern.

Das Landesbank-Abenteuer kostet noch jedes Jahr 360 Millionen Euro allein an Zinsen. Dafür könnte man 7000 Lehrerstellen ein Jahr lang finanzieren oder ein Drittel der bayerischen Staatsstraßen sanieren. Söder rechnet sich auf Kosten der Kommunen in Bayern und zu Lasten der sanierungsbedürftigen Infrastruktur den Haushalt schön. Die versteckte Verschuldung erreicht immer größere Höhen, was aber Söder nicht sonderlich interessiert, schließlich müssen dafür erst kommende Generationen den Kopf hinhalten.

Steuerfall Engelhorn: SPD fordert Aufklärung des Steuerdeals

Als SPD-Haushaltssprecher habe ich eine umgehende Aufklärung des Steuerfalls Engelhorn gefordert. Laut Medienberichten werden zwei Töchter des Pharmaunternehmers Curt Engelhorn beschuldigt, von ihrem Vater verschiedene Luxusgüter erhalten zu haben, allerdings ohne die fällige Schenkungssteuer bezahlt zu haben. Der Schaden beläuft sich laut Medienberichten auf 145 Millionen Euro, die nachgezahlt werden sollen. Ein strafrechtliches Verfahren soll gegen die vergleichsweise geringe Zahlung von jeweils 2,1 Millionen Euro (720 Tagessätze zu je 3000 Euro) eingestellt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben bei einem Steuerfall dieser Dimension aber ein Recht auf Aufklärung. Uns stellen sich gerade vor dem Hintergrund des Falls Hoeneß Fragen nach der Sachbehandlung durch die bayerischen Steuerbehörden und die Staatsanwaltschaft.

Der Fall Engelhorn war bekannt geworden über den Ankauf der Steuer-CD mit Daten einer Schweizer Bank durch das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2012. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass sich die SPD beim Ankauf von Steuerdaten und bei der Verhinderung des beabsichtigten deutsch-schweizerischen Steuerabkommens gegen den massiven Widerstand von Finanzminister Söder und der CSU durchgesetzt hat.

Wir haben deshalb der Staatsregierung einen umfangreichen Fragenkatalog zum Steuerdeal Engelhorn vorgelegt. Im Zentrum des Antrags steht dabei die Frage, warum ein hoher Steuerschaden von laut Medienberichten 145 Millionen Euro mit vergleichsweise geringen Geldstrafen in Höhe von 2,1 Millionen Euro pro beteiligter Person geahndet wird. Dies widerspricht jedem Gefühl von Gerechtigkeit. Man könnte glauben: Die Kleinen fängt man, die Großen lässt man laufen. Wir Sozialdemokraten wollen daher genau hinschauen, wie dieser Deal gelaufen ist.

Sonderprogramm Brückensanierung: Keine unterfränkischen Brücken dabei.

Im Regierungsbezirk Unterfranken sind von 643 Staatsstraßen-Brücken 183 Brücken, davon je eine in den Städten Aschaffenburg und Würzburg, also über 28 Prozent, so sanierungsbedürftig, dass eine kurzfristige Instandsetzung erforderlich ist. Fast jede dritte staatliche Brücke ist marode. Das war das Ergebnis einer Anfrage der SPD-Landtagsfraktion vor einigen Wochen.

Daraufhin habe ich bei der Staatsregierung nachgehakt, um zu erfahren, welche Brücken in den einzelnen Landkreisen des Regierungsbezirks Unterfranken konkret betroffen sind. Vor allem wollte er wissen, welche dieser Brücken den Zustandsbereichen 5 und 6 zuzuordnen sind, denn bei denen ist akuter Handlungsbedarf gegeben und welche konkreten Gegenmaßnahmen die Staatsregierung ergreift.

Die aktuelle Antwort von Innenminister Herrmann macht deutlich, wie wenig gegen die gravierenden Mängel getan wird. So sind von den 27 Brücken in den Landkreisen des Regierungsbezirks Unterfranken, die dem Zustandsbereich 5 (nicht ausreichender Zustand, umgehende Investition erforderlich) zugeordnet sind, nur sieben im aktuellen Bau- und Erhaltungsprogramm. Von den zwei Brücken, die dem Zustandsbereich 6 (ungenügender Zustand) zugeordnet sind, ist nur eine im Erhaltungsprogramm. Bei 19 Brücken mit besonders schlechtem Zustand ist also eine Sanierung derzeit nicht absehbar. Besonders ärgerlich ist, dass keine unterfränkische Brücke im ab 2016 neu aufgelegten Sonderprogramm zur Ertüchtigung großer Brücken an Staatsstraßen enthalten ist. Dies ist aus meiner Sicht eine nichthinnehmbare Situation.

Darüber hinaus teilt Herrmann mit, dass Unterfranken in den nächsten Jahren mit mehreren Brücken an dem Sonderprogramm partizipieren könne, wenn für diese bestandskräftiges Baurecht besteht und ein genehmigter Bauwerksentwurf vorliegt. Dieser Hinweis ist ebenfalls besonders ärgerlich, weil er zeigt, dass die rechtlichen und planerischen Grundlagen für diese größeren Sanierungsmaßnahmen wohl noch nicht geschaffen sind.

Der Innenminister muss endlich für konkrete Planungen und Genehmigungsverfahren sorgen, damit es mit den Brückensanierungen schneller voran geht.

Nachfolgend die betroffenen Brücken in den Landkreisen Würzburg und Kitzingen:

Im Landkreis Würzburg sind drei Brücken dem Zustandsbereich 5 zugeordnet. Eine davon ist die Brücke an der Staatsstraße 2300 über den Nickelsgraben bei Margetshöchheim. Die beiden anderen sind die Brücke an der ST 2260 über die Dettel in Prosselsheim und die Brücke über die ST 578 in Kist.

Im Landkreis Kitzingen fällt die Brücke an der ST 2418 über den Breitbach in Obernbreit in den Zustandsbereich 5.

SPD fordert bezahlbares WLAN für Flüchtlinge

Internet ist als Kommunikationsmittel und Informationsmedium wichtig. Deshalb habe ich die Staatsregierung aufgefordert, sich für ein tragbares Konzept für WLAN in den Flüchtlingsunterkünften einzusetzen. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der Flüchtlingen 36 Euro - fast ein Drittel ihres Taschengeldes - dafür abgeknöpft werden soll, mit ihren Verwandten zu kommunizieren, ist lebensfremd und vollkommen überzogen. Der Preis entspricht in keinem Fall einem üblichen monatlichen Betrag für Internetzugang. Internet ist für diese Menschen oftmals die einzige Möglichkeit, in Erfahrung zu bringen, was mit ihren Angehörigen geschehen ist und ob es ihnen gut geht. Auch für die Beschaffung von Information zu ihren Rechten, Arbeit und Angeboten in der Nähe, ist ein Zugang zum Internet unerlässlich. Ein wichtigeres Kommunikationsmittel gibt es nicht.

SPD kritisiert Zurückhaltung der CSU bei Barrierefreiheit

In meiner Funktion als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion werfe ich der CSU-Staatsregierung eine unverantwortliche Verzögerung beim barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen vor. Die Bahn wäre bereit, die Hälfte der Kosten zu übernehmen, doch Finanzminister Söder steht leider auf der Bremse. Die Barrierefreiheit war ein Thema auf unserer Klausurtagung im Kloster Irsee.

Dort forderte ich die Staatsregierung auf, endlich ein solches flächendeckendes Sonderprogramm vorzulegen. Gerade Menschen mit eingeschränkter Beweglichkeit sind auf einen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Doch es gibt immer noch 600 Bahnhöfe im Freistaat, die nur über Treppen zu erreichen sind. Die CSU lässt diese Menschen im Stich.

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Bundestag, Martin Burkert, der bei der Klausurtagung zu Gast war, ermahnte zudem Bundesverkehrsminister Dobrindt, endlich ein Sonderprogramm für Barrierefreiheit kleinerer Bahnhöfe auf den Weg zu bringen. Es geht hier um 50 bis 100 Millionen Euro für Bahnhöfe, an denen jeweils unter 1000 Passagiere pro Tag ein- und aussteigen.

Verstärkung für mein Team

Seit dem 15. Februar verstärkt Baris Yüksel als Praktikant das Team in meinem Bürgerbüro in Würzburg. Baris hat mich bereits zu Terminen hier vor Ort begleitet, wie zum Beispiel bei einem Betriebsbesuch der Leoni AG in Kitzingen. Statt dem klassischen Kaffeekochen fallen den Praktikanten viele verschiedene Aufgabenbereiche zu: So assistiert Baris meinen Mitarbeitern bei Recherchearbeiten, hilft mit, Veranstaltungen zu organisieren oder kommt direkt mit den Bürgern in Kontakt.



Studium in Würzburg

Der 21 Jährige Memminger hat sich Würzburg als Studienort ausgesucht und studiert nun bereits im 5. Semester Political and Social Studies und Anglistik. Vor kurzem ist er der SPD beigetreten und will sich auch zukünftig engagieren.

Praxiserfahrung sammeln

Baris möchte neben seinem theoretischen Studium an der Universität die politische Praxis im Bürgerbüro in Würzburg, aber auch bei Terminen vor Ort, näher kennenlernen. „Die Arbeit ist sehr vielfältig und abwechslungsreich. Auch das Team hat mich sehr gut aufgenommen und integriert“, schildert Baris seine Erfahrungen im Praktikum. Baris wird insgesamt sechs Wochen Praktikum im Büro absolvieren.



Gastbeitrag von Bernd Rützel, MdB, zum Thema Bundesteilhabegesetz

Bundesteilhabegesetz – Menschen mit Behinderung stärken

Liebe Genossinnen und Genossen,

über 70 Gäste waren meiner Einladung Anfang März nach Marktheidenfeld gefolgt, um in der Reihe „Fraktion vor Ort“ mit mir über das geplante Bundesteilhabegesetz zu diskutieren. Als kompetente Referenten standen mit Kerstin Tack, Bundestagsabgeordnete aus Hannover und behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, mein Kollege aus dem Landtag Georg Rosenthal und Stefan Sauer vom unterfränkischen Vorstand der AG Selbst Aktiv zur Seite.

Meine Kollegin Kerstin Tack berichtete über die Anforderungen der SPD an ein neues Bundesteilhabegesetz: „Für uns steht im Vordergrund, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung zu stärken und die vielen bürokratischen und finanziellen Hürden, die heute in den Weg gestellt werden, abzubauen.“ Teilhabeleistungen sollen zukünftig weitgehend unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden. „Auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Sparen“ führte meine Kollegin Kerstin Tack aus, „daher wollen wir das Schonvermögen von bisher 2.600 Euro auf zunächst 25.000 Euro und später 50.000 Euro anheben.“ Weiterhin sollen die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Familie nicht mehr für die Gewährung und Berechnung von Leistungen mit einbezogen werden.

Dass die SPD-Bundestagsfraktion Menschen mit Behinderung den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern möchte, freut mich als Experten für Arbeits- und Sozialpolitik ganz besonders. „Werkstätten für behinderte Menschen leisten großartige Arbeit, aber sie müssen durchlässig sein“, so Kerstin Tack, „wir brauchen ein Rückkehrrecht vom regulären Arbeitsmarkt in Werkstätten für behinderte Menschen.“ Stefan Sauer von der AG Selbst Aktiv, der Arbeitsgemeinschaft für Menschen mit Behinderung innerhalb der SPD, wies auf die zahlreichen bürokratischen Hürden hin, die Antragsstellern in den Weg gelegt werden.



Besonders gefreut hat mich, dass nach dem Referat noch genug Zeit für eine ausführliche Diskussion blieb. Zahlreiche Betroffene – jeder und jede ein Spezialist auf seinem Gebiet – waren meiner Einladung gefolgt und konnten von ihren Erfahrungen aus der Praxis berichten und mit meinem Gast Kerstin Tack diskutieren.

Häufig kritisiert wurde die restriktive Vergabep Praxis der Krankenkassen und Behörden für die Leistungen von Menschen mit Behinderung. „Es gibt einen Rechtsanspruch auf ein persönliches Budget“, stellte Kerstin Tack klar, „Sie können sich diese Unterstützungsleistung einklagen.“ Mein Kollege Georg Rosenthal aus dem Landtag versprach, bei der Bezirksregierung nachzuhaken, wie die Vergabep Praxis für diese Leistung aussieht.

Das Format „Fraktion vor Ort“ entwickelt sich zum Renner in meinem Wahlkreis – bei meinen Veranstaltungen zu den Themen Mittelstandspolitik, ärztliche Versorgung auf dem Land und Kommunalfinanzen (mit Volkmar Halbleib!) konnte ich jedes Mal viele Interessierte begrüßen. Das zeigt: Die SPD-Bundestagsfraktion bringt die Themen voran, die die Menschen im Land beschäftigen!

Solidarische Grüße

Bernd Rützel

Mitglied des Bundestags

Stellv. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales

Abgeordneter für Main-Spessart und Miltenberg

Betreuungsabgeordneter für Aschaffenburg und Würzburg

Bezirksvorsitzender der SPD Unterfranken

Gastbeitrag von Sabine Dittmar, MdB



Meilensteine in der Pflegepolitik - Das gesundheitspolitische Großprojekt Pflege geht weiterhin voran

Das gesundheitspolitische Großprojekt „Pflege“ geht stetig voran. Die Bausteine, mit denen wir uns befassen, sind das Pflegeberufegesetz mit einer generalistischen Ausbildung und in Kürze das so genannte Kommunale Pflegestärkungsgesetz.

Doch blicken wir zunächst einmal zurück: Mit den Pflegestärkungsgesetzen I und II haben wir in den zurückliegenden Monaten im Bereich der Pflege Meilensteine erreicht. Mit dem PSG I wurden beispielsweise die Leistungen für die ambulante Pflege um rund 1,4 Mrd. Euro und für die stationäre Pflege um rund 1 Mrd. Euro erhöht. Auch die Leistungen für die Pflege zu Hause wurden deutlich verbessert, sodass auch pflegende Angehörige besser entlastet werden.

Mit dem PSG II haben wir endlich erreicht, dass nicht mehr nur körperliche und psychische, sondern endlich auch kognitive Beeinträchtigungen gleichwertig erfasst werden. Im Zentrum steht der individuelle Unterstützungsbedarf jedes Einzelnen, der in fünf Pflegegraden erfasst wird. PSG I und II sind ein sozialer und gesundheitspolitischer Erfolg.

Damit ist die Arbeit aber noch lange nicht beendet. Im Deutschen Bundestag wird kommende Woche das Pflegeberufegesetz in 1. Lesung eingebracht. Mit diesem Gesetz wollen wir vor allem dem demographischen Wandel und dem daraus folgenden Fachkräftemangel bei gleichzeitig steigendem Pflegebedarf Rechnung tragen. Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland wird bis 2030 voraussichtlich um knapp 30 % steigen. Ziel des Pflegeberufegesetzes ist es, Attraktivität, Anerkennungsgrad und Qualifikationsgrad der Pflegeausbildung zu erhöhen. Ein wichtiger Aspekt ist für mich als Sozialdemokratin die Abschaffung des Schuldgeldes, welches bislang noch in der Altenpflegeausbildung erhoben wird. Die Ungleichbehandlung von Alten- und Krankenpflege in der Ausbildung und Finanzierung wird mit dem Pflegeberufegesetz endlich entfallen. Darüber hinaus wird ein neues Ausbildungsmodell geschaffen. Vorgesehen ist eine dreijährige Basisausbildung, die auf einen Einsatz in allen Arbeitsfeldern der Pflege vorbereitet, also in Akutpflege, stationärer Langzeitpflege, ambulanter Pflege oder Kinderpflege. Neben der Basisausbildung folgt die Wahl eines Vertiefungsansatzes, um sich in einem Bereich weiter zu spezialisieren. Der Großteil der praktischen Ausbildung erfolgt beim so genannten Träger der praktischen Ausbildung, mit dem ein Ausbildungsvertrag geschlossen wird.

Der Ausbildungsabschluss erfolgt in Form einer staatlichen Prüfung mit der einheitlichen Berufsbezeichnung „Pflegefachfrau/Pflegefachmann“. Dieser Abschluss wird im Gegensatz zur derzeitigen Altenpflegeausbildung EU-weit anerkannt.

Der Gesetzentwurf ist allerdings nicht unumstritten, da einzelne Pflegebereiche befürchten, dass Inhalte der Ausbildung bei einem generalistischen Ansatz verloren gehen. Dazu muss man allerdings wissen, dass die Ausbildung bereits jetzt zu 80-90 % identisch ist. Wir werden uns jedoch selbstverständlich im parlamentarischen Prozess die Zeit nehmen, uns in einer öffentlichen Expertenanhörung mit der Kritik und den Bedenken aus den Fachverbänden auseinanderzusetzen und bei Bedarf Änderungen im Gesetz vorzunehmen.

Darüber hinaus stehen die Beratungen über ein Kommunales Pflegestärkungsgesetz (KPSG) auf der Agenda. Derzeit wird im Bundesgesundheitsministerium ein Referentenentwurf erarbeitet. Die dazugehörigen Eckpunkte des Gesetzentwurfs wurden bereits auf Bund-Länder-Ebene vereinbart. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der Steuerung der örtlichen Angebote sowie bei der Verzahnung der kommunalen Pflegeberatung.

Aufgemerkt: Infos, Termine, Veranstaltungshinweise

Montag, 18.04.2016, Besuch der Landesanstalt in Veitshöchheim, zusammen mit den Landtagskollegen Horst Arnold und Harry Scheuenstuhl

Sonntag, 08.05.2016, Fahrt mit der Mainschleifenbahn, zusammen mit MdB Martin Burkert und MdB Bernd Rützel, 12 bis 14 Uhr

Montag, 30.05.2016, 17 Uhr, Gespräch mit Wohnungsbaugesellschaften, zusammen mit MdL Andreas Lotte, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Wohnungs- und Städtebaupolitik, in Würzburg

Montag, 30.05.2016, 19 Uhr, Fachgespräch Wohnen, mit MdL Andreas Lotte, in Würzburg

Freitag, 17.06.2016, Rote Radler-Tour mit Markus Rinderspacher, im Landkreis Kitzingen

Freitag, 17.06.2016, Sozialempfang mit Markus Rinderspacher, abends, Rathaushalle Kitzingen

Auch das Team der Semmelstraße wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Ostern!

<p>Volkmar Halbleib auf facebook</p> <p>Aktuelle Pressemitteilungen, Bilder und Informationen gibt es nicht nur auf meiner Homepage, sondern auch im sozialen Netzwerk unter „Volkmar Halbleib“</p>	
<p>Mein Bürgerbüro: Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg</p> <p>Tel.: 0931/59384, Fax: 0931/53030</p> <p>Mail: buengerbuero-halbleib@t-online.de</p> <p>Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10 - 16 Uhr</p> <p>www.volkmar-halbleib.de</p>	<p>Mein Team:</p> <p>Martin Bielawski, Organisation</p> <p>Eberhard Götz, Wiss. Mitarbeit</p> <p>Sebastian Klein und Darius Schottdorf, Öffentlichkeitsarbeit</p>

Impressum:

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib, Bürgerbüro, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

Redaktion: Eberhard Götz